


Werra-Weser-Versalzung
Thüringen macht keine halben Sachen mit der Lauge

Die Werra-Weser-Anrainerkonferenz (WWA) begrüßt, dass die Thüringischen Strafverfolgungsbehörden nun auch wegen der K+S-Entsorgungsaktivitäten in Hessen ermitteln. Damit scheint eher sicher gestellt zu sein, dass gegen eventuelle Gesetzesverstöße des Düngemittelherstellers und der Genehmigungsbehörden vorgegangen wird.

Bisher war nur bekannt, dass wegen der Laugenverpressung in der Gerstunger Mulde, also auf thüringischem Gebiet ermittelt wird. Auslöser war der Verdacht, dass die von den Behörden des Freistaates erteilte Erlaubnis rechtswidrig war und dass den Beteiligten dies bewusst gewesen ist.

Nun berichtet Der Spiegel in seiner aktuellen Ausgabe, dass die Thüringischen Strafverfolger ihre Ermittlungen auch auf die von K+S praktizierte Laugenversenkung im hessischen Teil des Werrareviere ausgedehnt haben. Hier besteht der Verdacht, dass sich die direkt an der Landesgrenze versenkten Abwässer im Untergrund unkontrolliert ausbreiten und somit das Wasserhaushaltsgesetz und das Verschlechterungsverbot der Wasserrahmenrichtlinie verletzen.

Da es keine Möglichkeit gibt, die einmal verpressten Abwässer in ihrer unterirdischen Ausbreitung zu lenken oder gar zu kontrollieren, muss wohl davon ausgegangen werden, dass sich der Verdacht der "unkontrollierten Ausbreitung" bestätigen wird. Damit wird "die Lauge zum Problemfall".

Auch der Bürgermeister der nordhessischen Stadt Heringen, Hans Ries, hat damit gedroht, "alle aufgefundenen Akten in dieser Sache an die Staatsanwaltschaft" zu geben. Das Abwassersystem der Stadt, die direkt neben einer K+S-Salzhalde und in der Nähe der K+S-Versenkstellen liegt, wird durch eindringende "gewaltige kontaminierte Wassermassen" zerstört und die Funktionsfähigkeit der Kläranlage bedroht. Der Bürgermeister will sich "nicht nochmals für die Fehler und Verantwortungslosigkeiten anderer vor Gericht zerren" lassen.

K+S stützt sich hier auf eine Erlaubnis des Regierungspräsidiums Kassel, die von Beginn an umstritten war. Das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) hat 2014 mitgeteilt, dass die verpressten Abwässer unkontrollierbar in die Grundwasserstockwerke aufsteigen und dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass weitere Trinkwassergewinnungsanlagen beeinflusst werden. Unter diesen Voraussetzungen lässt das Wasserhaushaltsgesetz den Behörden keinen Ermessensspielraum: die bestehende Erlaubnis muss widerrufen werden. Die Behörden und K+S haben aber nicht die notwendigen Schritte unternommen, hier für Abhilfe zu sorgen

Die Mitteilung des HLUG und weitere belastende Unterlagen waren von K+S und dem Hessischen Umweltministerium zunächst geheim gehalten worden, ihre Veröffentlichung musste gerichtlich erzwungen werden. Eine Befragung von HLUG-Mitarbeitern im Umweltausschuss des Hessischen Landtags hat die Ministerin Priska Hinz (B'90/Die Grünen) nicht zugelassen.



Pressemitteilung 21. September 2015

Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V.

Vom HLUG und anderen Experten stammt auch der Hinweis, dass K+S den bis Dezember 2013 geforderten Nachweis der Unbedenklichkeit der Laugenversenkung nicht erbracht hat. Damit sind die letzten Genehmigungsvoraussetzungen für die Laugenversenkung weggefallen. Trotzdem haben die hessischen Behörden die Erlaubnis nicht widerrufen. Auch hier muss davon ausgegangen werden, dass den Beteiligten die strafrechtliche Relevanz dieses Entsorgungswegs bekannt gewesen ist. Sie wird auch seit Jahren öffentlich diskutiert.

Wegen der K+S-Entsorgungsaktivitäten sind in Hessen mehrfach Strafanzeigen bei den Staatsanwaltschaften Kassel und Fulda eingegangen. Sie sind jedoch überwiegend niedergeschlagen worden und haben bisher in keinem Fall zu einem Ergebnis geführt. "Was in Thüringen verboten ist, das darf auch in Hessen nicht erlaubt werden. Die Thüringischen Behörden scheinen ihre Arbeit aber konsequenter zu machen als ihre hessischen Kollegen", so Dr. Walter Hölzel, Vorsitzender der Werra-Weser-Anrainerkonferenz.

Dr. Walter Hölzel

Vorsitzender Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V.

fon 05545-95 01 08, wwa.ev@web.de

weitere Informationen:

https://magazin.spiegel.de/digital/index_SP.html#SP/2015/38/138603617

http://www.heringen.de/keine_mehrheit_von_den_stadtverordneten_zu_den_dri.html

Einwendung der Werra-Weser-Anrainerkonferenz zum Bewirtschaftungsplan 2015-2021 für die Flussgebietseinheit Weser, dort Ss. 27-29, zu finden unter <http://www.wasser-in-not.de/dateien/aktuelles/2015-08-08%20WWA%20-%20Stellungnahme%20Bewirtschaftungsplan%202015-2021.pdf>

Informieren Sie sich auf

www.wasser-in-not.de

Das Informationsportal zur Kali- und Salz-Problematik

Die Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V. ist ein Zusammenschluss von Kommunen, Verbänden, Vereinen und Wirtschaftsunternehmen, die als Anrainer von Werra und Weser von der Versalzung der Flüsse durch die Abwässer der Kali-Industrie betroffen sind.

Dr. Walter Hölzel ist Erster Stadtrat in Witzenhausen und Vertreter der Stadt in der WWA e.V.